

## **Aufstieg der Rechtsradikalen, Schwäche der Linken und Kultur der „arbeitenden Klassen“**

„Sozialer Wandel und politische Repräsentation“ – dieses große Themenfeld stellt grundsätzliche Fragen nach der Verbindung zwischen dem Sozialen und dem Politischen: Wie wirkt der „soziale Wandel“ auf das System der politischen Repräsentation sozialer Schichten und Klassen durch Parteien und durch ins politische Feld agierende Bewegungen? Aber auch: Gibt es Parteien, die den sozialen Wandel „repräsentieren“? Seltener noch wird auch gefragt: Welche Wirkungen hat das politische System, das Mosaik der „politischen Repräsentation“ auf die Pfade, die der soziale Wandel einschlägt?<sup>1</sup>

Der europaweite Wandel im Parteiensystem ist nun auch in Deutschland durch das überaus erfolgreiche Aufkommen einer nationalistisch-völkischen, antidemokratischen Partei bestimmt. Deren Charakterisierung als bloß „rechtspopulistisch“ verharmlost mittlerweile, dass die AfD auch den Kern einer faschistischen Bewegung in sich beherbergt. Bevor ich mich der Frage nach Zusammenhängen zwischen Aspekten des sozialen Wandels und neuer politischer Repräsentation durch die AfD widme, seien zwei längere Vorbemerkungen eingefügt. Die erste Bemerkung wirft einen kursorischen Blick auf den Verlauf der politischen Repräsentation in den vergangenen sieben Jahrzehnten. Eine zweite Vorbemerkung befasst sich mit der Frage nach der unhintergehbaren Position der Linken in den sozialen und politischen Wandlungen und warum bzw. inwieweit es daher ein Problem darstellt, wenn ausgerechnet „die Arbeiter“ sich politisch von rechten Anti-Systemparteien repräsentieren lassen wollen.

### **Wandel und Brüche der politischen Repräsentation in Deutschland**

Die bundesdeutsche Klassengesellschaft hat sich von Ende der vierziger Jahre bis Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sozial erheblich gewandelt. Mit diesem Wandel entstanden zwei große Volksparteien:

- die CDU als Partei der „sozialen Marktwirtschaft“, die „Wohlstand für alle“ hervorbringt;
- und die SPD, die insbesondere mit ihrem Godesberger Programm individuelle sozialen Aufstieg aus proletarischen Lebenslagen durch Bildung und politische Teilhabe versprach.

Beide Gesellschaftsbilder hatten ihr Fundament in der sozialen Wirklichkeit, in jeweils darin gebündelten, auf den Begriff gebrachten sozialen Erfahrungen, dass es mit der Orientierung an diesem oder jenem Leitbild besser (werden) wird. Und man kann sagen, dass die SPD in dieser Periode den sozialen Wandel mit dem Bild des „sozialen Fortschritts“ positiv, optimistisch repräsentierte. Dieser Optimismus, den sozialen Wandel so gestalten, regulieren zu können, durch politische Steuerung und demokratische Mitbestimmung, dass er zu besseren Lebensverhältnissen für alle führt, dieser Optimismus hat heute, so er noch vorhanden ist, keine politische Repräsentation. Und zweitens zeigt der Blick

---

<sup>1</sup> Hintergrund des Vortrages sind insbesondere die „Wahlachtberichte“ zu den Wahlen 2016ff (abrufbar auf [www.rosalux.org](http://www.rosalux.org)), Arbeitsmaterialien des Gesprächskreises „Klassen und Sozialstruktur“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung (abrufbar hier: <https://www.rosalux.de/index.php?id=24236>), der von Mario Candeias herausgegebene Band „Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung“, abrufbar hier: <https://www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/>

zurück: Sozialer Wandel geht nicht notwendig mit einer Differenzierung des Parteiensystems einher, auch das Gegenteil ist möglich<sup>2</sup>.

Der Erfolg sozialdemokratischer Politik: die massenhafte Entproletarisierung des Alltagslebens in Richtung bescheidener Wohlstand, sozialem Aufstieg und gesellschaftlicher Anerkennung „der Arbeit“ brachte eine junge Generation hervor, die auf dieser Grundlage alternative Gesellschaftsbilder und (sozio-ökonomische) Entwicklungspfade entwarf - und in den achtziger Jahren sich mit der Partei Die Grünen eine eigene politische Repräsentation im parlamentarischen Raum schuf. Die Partei repräsentiert(e) eine eigene, sozioökonomisch verwurzelte und wachsende soziale Schicht, die sich durch höhere Bildungsabschlüsse und Qualifikationen auszeichnete und ein eigenes ideologisches Milieu herausbildete, das „neue Bürgertum“.

Ende der achtziger Jahre entstand für mehrere Jahre mit den „Republikanern“ vor allem in Südwestdeutschland eine neue Partei im nationalkonservativen Spektrum. In den 1990er und 2000er Jahren erlebten in Westdeutschland mehrere regionale Parteien im rechten Spektrum eine kurze Blüte (Statt-Partei, Schill-Partei), in Ostdeutschland seit Ende der 1990er Jahre die rechtsradikalen Parteien DVU und NPD. Aus westdeutscher Sicht handelte es sich hierbei um Parteien für ideologische Milieus, die der Europäisierung deutscher Politik in der Kohl-Ära sowie der vorsichtigen kulturellen Modernisierung der Union ablehnend gegenüber standen – ein erste kleinere, nun schichten- und klassenübergreifende Abspaltung von einer der beiden Volksparteien.

Die Erfolge rechter Parteien in Ostdeutschland waren vor allem Erfolge bei jungen Wählern (und in deutlich geringerem Maße bei jungen Wählerinnen). Bereits um die Jahrhundertwende wählten bis zu 20% der 18-24jährigen Männer DVU oder NPD. Hier setzte sich eine Linie des Jugendprotestes in der DDR fort: Die größte Provokation für den „antifaschistischen Staat“ war der nationalistisch geprägte Protest, nicht der sozialistische. In den Zeiten des disruptiven sozialen Wandels nach 1989/90 handelte es sich bei ihnen vielfach auch um diejenigen, die nicht in die westdeutschen und urbanen Arbeitsmärkte einwanderten, sondern in den demografisch und infrastrukturell schrumpfenden Regionen verblieben.<sup>3</sup>

Der PDS wiederum gelang es für eine Dekade, gegen die soziokulturelle Entwertung des Alltagslebens in der DDR durch das westdeutsch geprägte Institutionen- und Wertesystem eine widerständige politische Repräsentation zu formen. Deren soziale Basis schrumpfte seit der Jahrhundertwende merklich. Im Protest gegen die rotgrünen Arbeitsmarktreformen entstand in Westdeutschland mit der WASG eine Abspaltung von der SPD, der es durch das Zusammengehen mit der PDS erstmals gelang, auch in Westdeutschland parlamentarisch erfolgreich zu sein. DIE LINKE war vor allem 2005 und 2009 in traditionell und sozialstaatlich orientierten Arbeitnehmerschichten, deren Lebensführungsmodelle in den Konzepten der modernisierten Sozialdemokratie nur noch ein politisches Schattendasein zugewiesen bekamen. DIE LINKE repräsentierte zwei Gruppen, die durch den sozialen Wandel unter erheblichen Druck und von einer zentralen in eine randständige gesellschaftspolitische Position geraten waren: ostdeutsche „DDR-Biografien“ und westdeutsche Arbeiterbiografien, die nicht vom sozialen Aufstiegsstreben, sondern von sozialstaatlicher Sicherheit für erreichte Wohlstandspositionen geprägt waren.

Kurz nach dem größten Wahlerfolg der neuen Linkspartei sorgte für ein paar Wahlen 2011 und 2012 eine neue Partei, die Piraten-Partei für Aufsehen. Vor allem Jüngere wählten sie in einige

---

<sup>2</sup> Die Erfolge der NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre sind eher als rechte Reaktion auf den „Auschwitz-Prozess“ und die Debatte um die Verjährung von NS-Morden zu verstehen und nicht im Zusammenhang mit sozialem Wandel.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Christian Booß: Braune Wurzeln? Thesen zu den Erfolgen des Rechtspopulismus im Osten; in: Deutschland Archiv Online auf [www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv](http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv) und Thomas Falkner/Horst Kahrs: Der AfD-Wahlerfolg in Brandenburg bei der Landtagswahl am 1. September 2019. Soziale Merkmale und Erklärungsfaktoren, Dezember 2019, [www.horstkahrs.de](http://www.horstkahrs.de) und auf der Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung: <https://www.rosalux.de/publikation/id/41462>

Landesparlamente. Sie galten als Partei, die der neuen Generation der „digital natives“ eine politische Repräsentation verschaffen könnten, als eine Partei der besseren Zukunftschancen. Mittlerweile führen sie das gleiche politische Schicksal wie einige andere thematisch gebundene Kleinparteien: regional und unter jungen Wählerinnen und Wählern mit Achtungserfolgen, aber ansonsten politisch bedeutungslos. Das anhaltende eigensinnige Wahlverhalten der Jüngeren steht zugleich für einen allgemeinen Wandel im Wahlverhalten: ideologisch geprägte Parteibindungen haben abgenommen, die Volatilität, die Wechselbereitschaft der Wählenden hat erheblich zugenommen, Wahlausgänge sind mehr taktisch und situativ geprägt.

Statt der neuen Partei der „digital natives“ erlebt dann seit 2013 die rechte „Alternative für Deutschland“ einen bis dahin in diesem Ausmaß in Deutschland seit 1945 nicht gekannten politischen Aufschwung. Auf Anhieb schaffte sie es in alle sechzehn Landesparlamente, ist größte Oppositionspartei im Bundestag und vereinigte bei den drei jüngsten Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen nun sogar ein Viertel der Stimmen auf sich.<sup>4</sup> Ihren Ursprung haben die AfD-Erfolge nicht in einem (plötzlichen) sozialen Wandel, der zu Lücken in der Repräsentation bestimmter sozialer Schichten und Klassen führte, sondern in dem politisch-ideologischen Siechtum und Verfall der beiden durch die ehemaligen Volksparteien CDU und SPD repräsentierten Gesellschaftsbilder. In den Augen früherer Anhänger begingen jeweils „Verrat“ an normativen Legitimitätsmustern - ohne ein neues gesellschaftspolitisches Leitbild zu entwickeln, welches wie zuvor sozioökonomische Entwicklung, eigenes Handeln und eine bessere Zukunft bzw. sozialen Fortschritt miteinander verbindet - ideologische Entleerung: Es gibt nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren, wenn die Anpassung an ökonomische „Sachzwänge“ unterbleibt. An diesen Bruchstellen der überkommenen gesellschaftspolitischen Orientierung: Wohin geht die Reise und welche Rolle spielen „wir“ dabei; gelingt es der Kommunikationsstrategie der AfD, vormals eingehetzte nationalistische, fremdenfeindliche, antifeministische und rassistische Einstellungen politisch zu formieren, aus Einstellungen politische Handlungen zu formen.

Der Zusammenhang zwischen sozialem Wandel und politischer Repräsentation ist im Falle der AfD weder kausal noch unvermittelt. Einige, vermutlich nicht alle Vermittlungen werden in meinem Beitrag angesprochen. In einer zweiten Vorbemerkung soll zuvor der gesellschaftspolitische Standpunkt, von dem entfaltet wird, knapp skizziert werden.

### Was Linke ausmacht

Eine Linke, die darauf verzichtet die „Arbeiterklasse“, die „ökonomisch Schwachen“ oder „die Lohnarbeitenden“ zu repräsentieren, ist, so wird vielfach gesagt, keine Linke mehr. Eine Linke, der die Arbeiterklasse abhandenkommt, macht etwas Grundlegendes falsch, heißt es weiter. „Linke“ und „Arbeiterklasse“ bilden so eine nahezu identitäre Einheit. Diese Auffassung stammt aus dem 19. Jahrhundert und bildete die Basis für die Erfolge der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie. Immer ging es dabei um soziale Besserstellung und politisch-kulturelle Anerkennung des Werts und des Stolzes der (manuellen) Arbeit, der arbeitenden Klasse(n) gegenüber der (den) besitzende(n) und vermögende(n), gebildete(n) Klasse(n).

Tatsächlich wählte „die Arbeiterklasse“ in Deutschland auch zu besten Zeiten nur gut zur Hälfte links, sozialdemokratisch, in Westdeutschland zur anderen Hälfte christdemokratisch, unter den Facharbeitern und -angestellten in den höheren Lohn- und Gehaltsgruppen sogar zu zwei Dritteln. Auch wächst „die Arbeiterklasse“ im traditionellen Sinne seit mehr als einem Dreiviertel-Jahrhundert nicht mehr, sondern schrumpft. Als sich die deutsche Sozialdemokratie angesichts dessen in den sechziger Jahre zur „neuen Mitte“ der Angestellten (im öffentlichen Dienst) orientierte, mahnte ein Herbert Wehner mit Blick auf den Erfolg des Nationalsozialismus unter Arbeitern, „die Arbeiter dürfen uns nicht von der Fahne gehen“, sonst verlöre die Sozialdemokratie ihre politische Mehrheitsfähigkeit. Ob dies heute

<sup>4</sup> Für Einzelheiten zu diesen Wahlergebnissen vgl. Horst Kahrs: „Rechts wirkt“, links schwächelt. Gesamtdeutsche Aspekte der ostdeutschen Landtagswahlen; in: Sozialismus, Heft 12/2019, S. 8-13.

noch zutrifft, wo weniger als ein Fünftel der Erwerbstätigen sich selbst zur Arbeiterschicht zählen, ist umstritten.

Gegen solche Empirie bleibt in der Theorie bestehen, dass eine Linke, die „die Arbeiterklasse“ nicht immer mitdenkt, tatsächlich keine Linke ist. Denn „Arbeiterklasse“ steht für Ausbeutung, Entfremdung und soziale Ungleichheit. Und, was indes über Verteilungsfragen leicht vergessen wird, „Arbeiterklasse“ steht auch für Herrschaft, für „Kommando über fremde Arbeit“, welches immer Fremdbestimmung über Lebenszeit und Lebensenergie ist, deren Verausgabung nicht eigenen, sondern fremden Zwecken dient. Grundlage dieses Kommandos ist existentielle Abhängigkeit, die angesichts des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte durch keine historische bzw. naturhafte Notwendigkeit mehr zu rechtfertigen ist, sondern allein in gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelt. Deshalb liegt es an der Linken, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen „der Mensch“, wie Marx formulierte, ein verächtliches, geknechtetes Wesen ist, der Mensch, nicht: der Arbeiter. Die Arbeiterklasse, die den gesellschaftlichen Reichtum produziert, kann ihr Menschsein nur verwirklichen, wenn sie sich aus dem Lohnarbeitsverhältnis emanzipiert und die gesellschaftliche Arbeitsteilung bewusst gestaltet, weshalb sie Marx als die einzig revolutionäre Klasse galt. Für Linke ist es also nicht hinreichend, die materiellen Interessen einer Arbeiterklasse zu vertreten, sondern notwendig, dabei immer auch die emanzipatorischen Interessen „des Menschen“ als Bezugspunkt zu haben. Es ist also theoretisch leicht vorstellbar, dass „die Arbeiterklasse“ oder größere Fraktionen konservativ werden, sich korporatistisch orientieren, sich der Modernisierung und dem (vermeintlichen) Fortschritt, also z.B. einer konsequenten Klimaschutzpolitik, in den Weg stellen. An solchen historischen Wegmarken linker Politik kann es helfen, mit Karl Polanyi anzuerkennen, dass materielle Interessen immer auch „kulturelle“ Interessen sind:

*Rein ökonomische Sachverhalte, die die Befriedigung der Bedürfnisse betreffen, sind für das Klassenverhalten unvergleichlich weniger relevant als Fragen gesellschaftlicher Anerkennung. Die Befriedigung der Bedürfnisse kann selbstverständlich die Folge einer solchen Anerkennung sein, insbesondere als ihr äußeres Zeichen oder Preis. Jedoch beziehen sich die Interessen einer Klasse vor allem auf Geltung und Rang, auf Status und Sicherheit, das heißt, sie sind in erster Linie nicht ökonomischer, sondern gesellschaftlicher Natur.<sup>5</sup>*

Soziale Kämpfe sind immer auch Anerkennungskämpfe, in denen es um den eigenen Platz in der Gesellschaft, um das geht, was einem gerechterweise zusteht, und nach welchen Lebensführungsmodellen ein normales Leben gelingen kann und soll. Wahlentscheidungen folgen selten nur einer ökonomischen Rationalität, also welchen ökonomischen Vorteil man sich vom Programm dieser oder jener Partei verspricht, sondern vielmehr ideologischen oder kulturellen Mustern der Repräsentation: Wie man von einer Partei angesprochen wird, welchen Platz man in ihrem Gesellschaftsbild einnimmt, wie sie Zugehörigkeit und Wegmarken für die Zukunft bestimmt.

Vor diesem dann eher soziokulturellem als ökonomisch-materiellen Hintergrund lässt sich in der Tat die Frage stellen, ob eine als soziale Formation schrumpfende Figur „die Arbeiter“ in den letzten Jahren nach rechts gewandert ist, etwa, wie zuweilen gemunkelt wird, aus einer Art „politischer Notwehr“, weil sie sich sozial und gesellschaftspolitisch in der Defensive sieht und von der Linken/Sozialdemokratie verlassen fühlt; oder ob rechte, nationalistische, patriarchale und rassistische Einstellungen, die unter Arbeitern immer Vertreter hatten, nun wahlentscheidend geworden sind. Aber in beiden Fällen bleibt die entscheidende Frage: Warum jetzt und wie kann es gelingen, wieder andere Motive und Einstellungen wieder zu wahlentscheidenden zu machen?

### **Soziale Merkmale der AfD-Wählerschaft**

Die völkisch-nationalistische Formation findet ihre Anhänger in allen sozialen Schichten und Klassen, im traditionellen „alten“ Bürgertum wie unter Facharbeitern und Angelernten, unter Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbstständigen. Einige soziale Charakteristika der Wählerschaft fallen ins Auge,

<sup>5</sup> Karl Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien (Europa-Verlag) 1977, S. 197.

wenn sich der Blick auf jene sozialen Merkmale richtet, die mit einem überdurchschnittlichen Stimmenanteil für die AfD korrelieren.

- Die AfD wird in Ost wie West überdurchschnittlich von Männern gewählt. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen liegt zwischen drei zu zwei und zwei zu eins.
- Die AfD wird im Osten etwa doppelt so häufig gewählt wie in den westlichen Bundesländern, was mit weniger stark ausgeprägten traditionellen Parteibindungen in den ostdeutschen Bundesländern erklärt werden kann. Anders als im Westen bis in die 1980er Jahre gab es im Osten seit 1990 keine Generation, die die Bindung an eine der alten Volksparteien mit der Erfahrung einer anhaltenden sozialen Aufwärtsbewegung verbinden konnte. Vielmehr zeichnen sich die ostdeutschen Elektorate in den letzten 25 Jahren durch stärkere politische Suchbewegungen aus.
- Die AfD wird im (westdeutschen) Süden der Republik mehr als doppelt so häufig gewählt wie im Norden, was mit einer stärker ausgeprägten christlich-wertkonservativ-nationalkonservativen Wählerschaft erklärt werden kann, die mit dem Modernisierungskurs der CDU fremdelt. Bereits der Erfolg der Republikaner vor 30 Jahren zeichnete sich durch dieses Süd-Nord-Gefälle aus.
- Die AfD wird in Ost wie West überdurchschnittlich stark in Regionen mit einem hohen Anteil von Beschäftigten im industriellen Sektor bzw. von Handwerkern, d.h. immer noch von überdurchschnittlicher Männererwerbstätigkeit; gewählt, unterdurchschnittlich in Regionen, in denen die Beschäftigung im Dienstleistungssektor, was auch heißt: Frauenerwerbstätigkeit stärker, vertreten ist.<sup>6</sup> In (ehemaligen Industrie-)Regionen, die eine Phase überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit durchlebt haben, ist die AfD ebenfalls stärker vertreten.<sup>7</sup>
- Die AfD wird überdurchschnittlich von Erwerbstätigen gewählt, deutlich unterdurchschnittlich von Rentnern und Rentnerinnen. Hierbei muss allerdings kein Zusammenhang zur Erwerbstätigkeit bestehen, sondern es kann sich um eine „Generationenfrage“ handeln, da die traditionellen Parteibindungen der älteren Generationen noch stärker ausgeprägt sind und sich die Wahl einer Rechtsaußen-Partei sich h bei Jüngeren (in Ostdeutschland) seit zwanzig Jahren normalisiert hat.<sup>8</sup>
- Die AfD wird überdurchschnittlich von Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss bzw. einem Fachlehrerberuf gewählt, unterdurchschnittlich von Abiturienten und vor allem Personen mit einem (semi-)akademischen Berufsabschluss. Unter Wählern und Wählerinnen, die sich selbst als „Arbeiter(in)“ einstufen, erzielt sie überdurchschnittlich starke Ergebnisse, wird in manchen ostdeutschen Regionen zur stärksten Partei (mit bis zu 40%).
- Schließlich: Die AfD wird überdurchschnittlich stark in Regionen gewählt, die sich durch eine „überalterte“ Bevölkerungsstruktur, anhaltender Abwanderung/Schrumpfung und durch einen Überhang an Männern im heiratsfähigen Alter auszeichnen<sup>9</sup>, was indes nicht mehr zu bedeuten haben kann, als dass durch Abwanderung zwecks Ausbildung und Studium überdurchschnittlich AfD-Wähler zurückgeblieben sind (statt dass die Schrumpfung Zurückgebliebene Menschen zu AfD-Wählern gemacht hat).

Hierbei handelt es sich wie gesagt um statistische Häufungen und Korrelationen, aus denen sich Wahrscheinlichkeiten errechnen, aber keine Kausalitäten ableiten lassen.

<sup>6</sup> Vgl. Christian Franz/Marcel Fratzscher/Alexander S. Kritikos: AfD in dünnbesiedelten Räumen stärker; in: DIW Wochenbericht 8/2018, S. 136-144; diess.: Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland; in: DIW Wochenbericht 34/2019, S. 591-602.

<sup>7</sup> Vgl. Philipp Manow: Die Politische Ökonomie des Rechtspopulismus, Berlin 2018, S. 70-102.

<sup>8</sup> Vgl. Falkner/Kahrs 2019 a.a.O.

<sup>9</sup> Vgl. Katja Salomo: Abwanderung, Alterung, Frauenschwund. Die verkannte Gefahr für die offene Gesellschaft; WZB-Mitteilungen, Heft 165, September 2019.

## Sozialer Wandel

Der soziale Wandel in den letzten dreißig Jahren zeichnet sich vor allem durch seine Beschleunigung aus. Das Tempo, in dem Technologien veralteten und Berufsbilder verschwanden, hat sich gegenüber der vorherigen Generation erhöht und verlangt in Arbeits- und Konsumwelt wachsende lebenslange Anpassungsleistungen.<sup>10</sup> Die periodischen Umstellungen erscheinen vorwiegend als kapitalistisch, d.h. profitorientierter Druck, selten als Umstellungen im Sinne eines sozialen Fortschritts. Produktivitätsfortschritte führen nicht zu allgemein zugänglicher disposable time im Sinne des Marx'schen Reichtumsbegriffs, sondern als wachsende flexible Verfügbarkeit. Weit und breit ist keine Partei, die wie früher die Sozialdemokratie mit technischem Fortschritt das Versprechen von Arbeitserleichterung, humanerer Arbeitsgestaltung, mehr frei verfügbare Zeit usw. glaubhaft verbindet.

Verbunden mit dem technologischen Wandel sind Veränderungen in der Berufsstruktur, der horizontalen Arbeitsteilung zwischen Berufen und Wirtschaftssektoren. Mit neuen transnationalen Wertschöpfungsketten entstehen neue Abhängigkeiten, Kommandostrukturen, jenseits der nationalstaatlichen Regulationsweite. Die soziale Aufstiegsbewegungen gerät ins Stocken, auf die Aufwärtsmobilität folgen neue soziale Schließungen etwa im Schulsystem und mit dem wachsenden Niedriglohnsektor bilden sich wieder vermehrt proletarische Lebenslagen heraus: Anders als in der unteren Mittelschicht und der alten Arbeiterschicht reicht das Haushaltseinkommen kaum über das Monatsende, soziale und kulturelle Teilhabe wird prekär, ja unmöglich und vor allem: ein Herausarbeiten aus dieser proletarischen Lage durch Anstrengung, Fleiß, Disziplin und Bildung erscheint nicht (mehr) möglich: „einmal unten immer unten“. Andere Teile der alten Arbeiterklasse haben es hingegen „geschafft“. Statt am Fließband zu stehen oder bei Wind und Wetter zu malochen, sitzen sie trocken und warm am Schreibtisch, wo sie sich die Hände nicht mehr schmutzig machen müssen. Aus der Abhängigkeit von Vermietern haben sie sich durch den Erwerb von Wohneigentum befreit, was in Deutschland für knapp die Hälfte der „Arbeiter“ zutrifft; usw.usf.

Versteht man unter „Arbeitern“ wie die Sozialstatistik Empfänger von Lohn (statt Gehalt), die vorwiegend manuelle Produktionsarbeit verrichten, so ging deren Anteil an allen Erwerbstätigen von 39% aller Erwerbstätigen in 1991 auf knapp 18% in 2018 zurück. Seit 2000 ist die Zahl der Erwerbstätigen um 14% gestiegen, diejenige der Arbeiter aber um 30% gesunken. Unter den 20-40jährigen Erwerbstätigen zählen nur noch 14% zu den Arbeitern (Arbeiter: ein gutes Fünftel; Arbeiterinnen: gut ein Zehntel aller erwerbstätigen Frauen). Diese Veränderungen werden begleitet von einer Akademisierung der Berufswelt. Der Anteil der Berufe, die eine (halb-)akademische Qualifikation erfordern, stieg auf 45% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, der Anteil der Berufe, die eine klassische betriebliche Fachausbildung voraussetzen schrumpfte um ein Drittel von 1991 bis 2013 auf etwa 30%, der Anteil der un- und angelernten Berufe blieb mit einem Viertel etwa konstant, verschob sich aber stark vom Industrie- in den Dienstleistungssektor.

Der fundamentale Wandel in der Arbeits- und Berufswelt geht mit dem Abreißen von Familientraditionen und -erzählungen einher, mit gebrochenem Berufsstolz, mit der Entwertung von Lebensführungsmodellen. So erfährt das patriarchale Modell des männlichen Normalarbeitnehmers, der mit seinem „Familienlohn“ Ehefrau und zwei Kinder ernähren kann, welches lange das bundesdeutsche Sozial- und Steuerrecht prägte, eine vor allem immaterielle Deklassierung. Noch in den 1990er Jahren galt dieses Familienmodell nicht nur der Union als „Keimzelle der Gesellschaft“. Alte, ehemals hegemone Lebensführungsmodelle, Werte und Normen werden absolut und relativ entwertet: andere Modelle, etwa die gleichgeschlechtliche Ehe, rücken normativ auf und werden steuer- und

---

<sup>10</sup> Die These der Beschleunigung ist im historischen Vergleich streitbar, da es immer um die subjektiv wahrgenommene Veränderung, Beschleunigung geht. Wichtig und richtig ist aber, dass in den vergangenen Jahrzehnten der Ökonomisierung des sozialen und alltäglichen Lebens die Anforderungen an Konsumentenentscheidungen gewachsen sind: für Gesundheit, Ernährung, Umwelt, Bildungserfolg, Anerkennung usw. werden individuelle Entscheidungen zur Verantwortung gezogen. „Beschleunigung“ bekommt neben einer objektiv messbaren, etwa Produktzyklen, eine subjektive Seite: die zunehmende Zahl von Entscheidungen, die in kurzer Zeitfolge zu treffen sind. Allerdings ist auch die daraus folgende Diagnose gesellschaftlich verbreiteter „Nervosität“ und „Gereiztheit“ nicht neu...

sozialrechtlich gleichgestellt. Hierbei handelt es sich um kulturelle Modernisierungen, die alle sozialen Schichten bzw. traditionellen Modelle betreffen. Die Gegenreaktion: gegen den „Genderwahn“, gegen die „Frühsexualisierung“, gegen die Entwertung patriarchaler Strukturen; kann daher eine schichten- und klassenübergreifende Gestalt annehmen. Der AfD gelingt es, so meine These, das „Leiden“ unter sozialem Wandel mit dem „Leiden“ unter kulturellem Wandel in einem reaktionären Politikmuster zu verbinden und so klassenübergreifend Schichten in ihrer Wählerschaft zu vereinen.

### Entwertung des „Arbeiters“

Die Schwäche der Linken und die Stärke der nationalistischen Rechten lässt sich vor diesem Hintergrund im Sinne Polanyis als Schwäche der Linken im Kampf um Anerkennung, um den Platz der Arbeiter in der Gesellschaft verstehen. Robert Castel hat den gleichen Sachverhalt, die Schwäche der Linken, aus der Perspektive des Erfolgs so formuliert:

*Für die Konstituierung einer auf gesellschaftliche Veränderung bedachten Protestbewegung bestehen mindestens drei Vorbedingungen: eine an der gemeinsamen Lage ausgerichtete Organisation, das Vorhandensein eines alternativen Gesellschaftsentwurfs und das Gefühl, für das Funktionieren der Gesellschaftsmaschinerie unerlässlich zu sein.<sup>11</sup>*

Zuvor verbindende soziale Leitbilder und Normen büßen ihre Kraft ein. Die Orientierung am kleinbürgerlichen Familienbild trifft auf das neue Leitbild der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In der neuen Leistungsgesellschaft zählen nicht mehr Einsatz und Anstrengung, sondern Performance und Erfolg, der sich nach undurchsichtigen, mithin als Willkür wahrgenommen Markt-Regeln einstellt. Mit der Industriegesellschaft verschwanden berufliche Leitbilder. In der Wissens- und Informationsgesellschaft zählt nicht mehr die Hand- sondern die Kopfarbeit, die *creative classes* rangieren in der allgemeinen Wertschätzung eindeutig vor den *working classes*. Kurz und knapp: Das hegemoniale Gesellschaftsbild, die Vorstellung, wie Gesellschaft beschaffen ist, was sie ausmacht und wie sie funktioniert, verändert sich und mit ihr die Vorstellung, welchen Platz man ihr hat, welche Handlungsoptionen einem offen stehen, was einem zusteht, also die Vorstellung von dem, was man hoffen darf, was legitime Erwartungen sind<sup>12</sup>.

Und: Mit dem Rückzug der Großen Fabrik und der sozialen Zersetzung der alten urbanen Arbeiterviertel verschwanden auch die sozialen Räume, in denen sich ein Bewusstsein von einer gemeinsamen sozialen Lage herausbilden konnte.

Mit Blick auf Castels ist zu resümieren: Mit dem sozialen Wandel schrumpfte die Welt des „Arbeiters“, die soziale Lage differenzierte sich und verlor in Gewerkschaft wie Partei ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit, alternative Gesellschaftsentwürfe kreisten nicht mehr um den „Arbeiter“ und seine Unerlässlichkeit.

### Entfremdung von der „Volkskultur“

Die „Arbeiterklasse“ hatte im deutschen Sprachraum immer einer historischen Mission gerecht zu werden, einem Ideal zu entsprechen. Anders die *working classes*, die „arbeitenden Klassen“ im Angelsächsischen.<sup>13</sup> Im Begriff der „Arbeiterklasse“ waren alle Ambiguitäten, Gegensätze, Unklarheiten verschwunden, die eine Verdingung zur tatsächlichen Alltagskultur öffneten. Der Begriff der „arbeitenden

<sup>11</sup> Robert Castel: Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 358.

<sup>12</sup> Vgl. zur Legitimität von Erwartungen bzw. legitimen Erwartungen in historischer Hinsicht z.B. Ahlrich Meyer: Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789-1840, Berlin/Hamburg 1999; Barrington Moore: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand; Frankfurt/M. 1982. Sowie in zeitgenössischer Hinsicht z.B. Wolfgang Menz/Sarah Nies: Fragile Sicherheiten und Legitimationsprobleme. Rechtspopulismus aus arbeitssoziologischer Perspektive; in: WSI-Mitteilungen 3/2019, S. 177-183; diess.: Gerechtigkeit und Rationalität - Motive interessenpolitischer Aktivierung; in: WSI-Mitteilungen 5/2016, S. 530-539; Stefanie Hürtgen/Stephan Voswinkel: Ansprüche an Arbeit und Leben – Beschäftigte als soziale Akteure; in: WSI-Mitteilungen 5/2016, S. 503-512.

<sup>13</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt Robert Misik: Die falschen Freunde der einfachen Leute, Berlin 2019, woraus hier vor allem die Charakteristika des Selbstbildes stammen.

Klassen“ knüpft ideologisch und kulturell an die früheren „Volksklassen“ der feudalen Gesellschaft und ihr (Selbst-)Bild von den „einfachen Leuten“ an. Es ist diese Facette, die immer noch im Begriff „Volk“ mitschwingt und ihm immer noch und trotz alledem eine andere Duftmarke als nur das „Völkische“ verleiht. Die einfachen Leute, das arbeitende Volk konstituieren sich gegenüber den per Geburt verliehenen Privilegien des Adels und den ererbten oder per Eigentum erworbenen des Besitzbürgertums. Die arbeitenden Klassen tragen einen egalitären Geist gegen nicht auf ehrlicher Arbeit beruhende Vorrechte in die sozialen Kämpfe. Hierzu zählt auch, sich nicht für „etwas Besseres“ zu halten. Wessen Schulweg über die Volksschule hinausführte, der wird später mal „etwas Besseres“ und gehört dann auch schnell nicht mehr dazu, gleichwohl bleibt ein Stolz, dass es „einer von uns“ „geschafft“ hat.

Diese Egalitätskultur war zugleich lokalpatriotisch wie transnational. Sie war unter Tage multikulturell und über Tage legte man auf getrennte Wege wert. Anders als die heutige anti-kosmopolitische Debatte in der Linken vermuten lässt, waren es die arbeitenden Klassen, die eine transnationale Kultur gegen das bildungsbürgerliche antiegalitäre Kulturverständnis in Anschlag brachten. Elvis Presley, Chuck Berry, die Rolling Stones oder die Beatles waren die musikalischen Helden der jungen Arbeitergenerationen in allen Industrieländern.<sup>14</sup>

Zum Selbstbild und zur Kultur der „einfachen Leute“ zählt der Stolz darauf, harte (körperliche) Arbeit zu leisten; niemandem auf der Tasche zu liegen; aus eigener Tüchtigkeit etwas schaffen zu können; mit seiner (Hand-)Arbeit die Wirtschaft am Laufen zu halten; die Selbstdisziplin, jeden Tag wieder erneut in die Fabrik zu gehen; technische Expertise statt sozialer Kompetenz, etwas herstellen statt durch „gescheites Dahereden“ andere Menschen zu beeinflussen u.a.m.<sup>15</sup> Zur Kultur der arbeitenden Klassen zählten weiterhin die auf harter Arbeit fußende Grenze der Respektabilität nach „unten“, gegenüber den Armen und den die harte Arbeit Scheuenden. Zu denen gehören die Angehörigen der arbeitenden Klassen nicht. Sozialstaatlich verlief seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine harte Grenze zwischen der „Arbeiterversicherung“ und der „Armenfürsorge“, zwischen der „Arbeitslosenhilfe“ im Anschluss an das „Arbeitslosengeld“ und der „Sozialhilfe“. Die rotgrünen Arbeitsmarktreformen rissen mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung („HartzIV“) diese Grenzmauer der Respektabilität ein.

Sozialdemokraten unterstrichen damit, dass ihnen die durch Beiträge aus dem Lohn für harte Arbeit erworbenen Ansprüche nicht mehr viel wert waren. Schnell würde man als langjähriger Arbeitnehmer von der „eigenen Partei“ ins Lager der Armen, die alimentiert werden müssen, abgeschoben werden. „Arbeitersolidarität“ hatte immer auch einen ethnozentristischen Aspekt, der nicht mit rassistischer Ausgrenzung zu verwechseln ist. Arbeiter-Solidarität basiert auf gemeinsamer Lage: existentieller Abhängigkeit von Lohnarbeit; und einem gemeinsamen Umgang damit: vom Lohn Beiträge in eine gemeinsame Kasse einzuzahlen. Die Solidarität der Beitragszahler war und ist eine Solidarität, auf die man durch vorherige Leistungen („seinen Beitrag leisten/geleistet haben“!), sprich: Arbeit und daraus abgezweigten Beiträgen, Anspruch erworben hat. Mit den Arbeitsmarktreformen zerbrach die soziale und kulturelle Allianz, die die Sozialdemokratie über ein Jahrhundert getragen hatte, wohl unwiederbringlich. Robert Misik hat dieses Bündnis kürzlich so formuliert:

*Vielleicht bestand die größte historische Leistung der Arbeiterbewegung darin, dass es ihr gelang, eine fragile Allianz aus einer unaufgeklärten Unterschicht, Handwerkern, gut ausgebildeten Facharbeitern, demokratischen und liberalen Mittelschichten sowie reformorientierten Intellektuellen zu schmieden. Innerhalb dieses Bündnisses haben die nichtproletarischen Milieus den egalitären Gemeinschaftsgeist der arbeitenden Klassen genossen, während die Arbeiter und Arbeiterinnen ihrerseits stolz darauf waren, »bessere Leute« auf ihrer Seite zu haben. (...) In ihren besten Zeiten*

<sup>14</sup> Vgl. Bodo Mrozek: Von Anywheres und Somewheres. Das »Heimatbedürfnis der einfachen Menschen« ist ein a-historisches Konstrukt; in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 8/2019, S. 32-47.

<sup>15</sup> Vgl. zum Fortleben der Kultur und Selbstbilder der Volksklassen/der arbeitenden Klassen vor allem Michael Vester u.a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt/M. 2001.

*hatte diese Allianz die psychopolitische Dynamik auf ihrer Seite, konnte man sich doch gemeinsam gegen die hergebrachten Eliten positionieren, die die arbeitenden Klassen unaufgeklärt, ohne Wissen und ohne Wahlrecht lassen wollten. Auch damals wollten die liberalen Verbündeten der arbeitenden Klassen die Arbeiter und Arbeiterinnen »verändern«. Arbeiterbildungsvereine sollten Bildung vermitteln, aber auch einen Geist des Humanismus. Die Parole lautete »Wissen ist Macht«, und kein Mensch wäre auf die Idee gekommen, irgendwelche abgehobenen »Tugendterroristen« hätten es darauf abgesehen, die »einfachen Leute« zu »erziehen«. Das spielte zwar ebenfalls eine Rolle, aber die Spielanordnung der gesamten Operation war so, dass das nicht als herablassende Überheblichkeit angesehen wurde. Sondern als ein selbstverständliches Element einer Gesellschaftsreform, deren Ziel darin bestand, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern.<sup>16</sup>*

## Getrennte Welten

Im Gefolge der Arbeitsmarktreformen wird deutlich, dass die eigenen Repräsentanten das Gesellschaftsbild nicht mehr teilen und an die Stelle dessen ein ökonomistisch verkürztes Gesellschaftsbild des Unternehmers seiner selbst setzen, in dem nicht mehr zählt, was jemand leistet, sondern was jemand darstellt. An Stelle der Egalität in/auf Basis der Arbeit tritt in der „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) als hegemoniale Norm, die auch mit den Arbeitsmarktreformen institutionalisiert wird, das Streben nach Einzigartigkeit, etwas Besonderes zu sein und derjenige, dem diese Einzigartigkeit abgesprochen wird, wird als „wertlos“ betrachtet und sich vielleicht selbst so vorkommen. Das „Subjekt, das sich als einzigartig setzt“, will nun partout nicht mehr mit dem „einfachen Volk“ zu tun haben, „diesem demonstrativ amorphen Gegenteil des Besonderen“, ein neu-alter Klassismus macht sich breit:

*Menschen spüren, ob man sie im Wesentlichen mag oder ob man sie im Wesentlichen verachtet. Ob man Teil ihrer Gemeinschaft sein oder nichts mit ihnen zu tun haben will. (...) Die Werte der arbeitenden Klassen kommen aus ihren Lebenserfahrungen, aus tradiertem Hausverstand, aus dem Wunsch, nicht gegängelt werden zu wollen, aus einem instinktiven »Wir«-Gefühl, und diese Werte waren immer voller Ambiguitäten. Eine bestimmte Art von Humor gehörte dazu, der Schenkelklopfer, ein Männlichkeitsideal, das Gescherze im Umkleideraum. Aber auch die Überzeugung, dass man nur auf das stolz sein kann, was man selbst erreicht hat. Auch eine gewisse Art von Härte. Wie alle Menschen sind die Leute aus den arbeitenden Klassen dabei stets Rollenkonflikten ausgesetzt gewesen, was nichts anderes heißt als: Sie waren häufig mit sich selbst nicht identisch.<sup>17</sup>*

Gerade die Nicht-Identität, das Ausfüllen verschiedener Rollen, etwa die des Familienvaters und die des zähen und selbstbewussten Mannes, machen aber Angehörige der arbeitenden Klassen womöglich veränderungsbereiter als Angehörige der mittleren und oberen, »gebildeteren« Schichten. Männer der arbeitenden Klassen machen einfach ohne viel verbales Getue Sorge- und Hausarbeit, wenn die Partnerin zur Spätschicht ist. Und längst gilt nicht mehr, dass die Arbeitertöchter keine Bildung bräuchten, weil sie sowieso heiraten würden. Werte und Normen der arbeitenden Klassen sind in ihrer Unveränderlichkeit höchst anpassungsfähig: Etwa was als „harte Arbeit“ gilt, ändert sich. Die arbeitenden Klassen können sich auf neue Verhältnisse, neue Zeiten umstellen: Pflege, frühere Frauenberufe gelten als solche „harte“, weil körperlich anstrengende Arbeit wie auch Frauen nun „Männerarbeit“ vollbringen können und dürfen.

Doch im sozialen Wandel und seiner soziokulturellen Begleitung sind die Brücken zu anderen sozialen Schichten und Klassen baufällig geworden, eingestürzt, eingerissen, andere soziale Akteure dominant geworden. Wer den sozialen Aufstieg schaffte, zog in ein „besseres Viertel“ und sorgte dafür, dass die eigenen Kindern auf eine bessere Schule kamen, ersann vielfältige Distinktionen zur eigenen sozialen Herkunft aus dem „einfachen Volk“, die repräsentative Allianz zerbrach womöglich, weil bereits das Verständnis für die Verletzungen und Verwundbarkeiten verloren ging, die in der durchaus wohlmeinenden Rede von den „Einkommensschwachen“, den „Ärmsten der Armen“, der „Grundsicherung“, dem

<sup>16</sup> Misik, a.a.O., S. 125f

<sup>17</sup> Misik, S. 126f.

„Mindestlohn“ mitschwingen: die durchlöcherterte Grenze der Respektabilität. Trotz harter Arbeit bleibt einem nur das Mindeste – und „das Mindeste“ ist das, was die vorherigen Bündnispartner noch als Solidarität, an Gemeinschaftssinn erübrigen. Kein Wunder, dass „Mindestlohn“, „Grundrente“ und andere Institute der „Umverteilung nach unten“ nicht zu linken Wahlkampfmanagern wurden.

### „Repräsentationslücke“ und politische Gelegenheitsstruktur

Die „Repräsentationslücke“, die der soziale Wandel ermöglicht und die linken Parteien zulassen mussten oder nachlässig zugelassen haben – hierüber herrscht Dissens, der hier nicht entscheidend ist – besteht am Ende in der Erkenntnis in Teilen des „einfachen Volkes“ bzw. der „arbeitenden Klassen“, dass die Linken das eigene Gesellschaftsbild nicht mehr teilen. Zu den im Hintergrund wirkenden sozialen Kräften zählt auch, dass der soziale Wandel die linken Parteien selbst ergreift: Vor gut 30 Jahren verfügten noch über 60% der Erwerbstätigen höchstens über einen Hauptschulabschluss, heute sind es weniger als ein Viertel. Umgekehrt stieg die Zahl der Abiturienten auf zuletzt deutlich über 50% eines Jahrgangs. Diese Veränderungen spiegeln sich in der Mitgliedschaft und den innerparteilichen Selektionskriterien bei der Vergabe von Mandaten und Ämtern.

Wenn die bisherigen Repräsentanten das eigene Gesellschaftsbild nicht mehr teilen, werden Einstellungen, die bisher eingehegt waren, werden traditionelle Männlichkeitsbilder, Nationalismus, Rassismus freigelegt und anrufbar für politische Kräfte, die zu neuen Repräsentanten werden wollen, gegen die „versifften 68er“ und „die Eliten“. Damit dies in Deutschland ab 2013 so erfolgreich sein konnte, mussten die beiden skizzierten Brüche: der nur kurz oben skizzierte Bruch im Lager der rechten, konservativen Volkspartei, und derjenige im linken Lager in einer politischen Gelegenheitsstruktur zusammenfinden.

Diese politische Gelegenheitsstruktur entstand in Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2007-2010 und der nachfolgenden europäischen Staatsschulden- bzw. Euro- und Griechenlandkrise. Die erfolgreiche Gründung der AfD – sie scheiterte ein halbes Jahr nach ihrer Gründung knapp am Einzug in den Bundestag und war ab 2014 bei allen Wahlen überaus erfolgreich – verdankte sich ursprünglich dem demonstrativen Abschied der CDU bzw. der CDU/SPD-Bundesregierung von den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, woran dann auch die nachfolgende „bürgerliche“ Regierung aus Union und FDP nichts rückgängig machte. 2008, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, erklärten Bundeskanzlerin Merkel und SPD-Finanzminister Steinbrück die Banken für „systemrelevant“, anschließend kamen die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie auf dem Wege der Kurzarbeit und der Subvention („Abwrackprämie“) in einen ähnlichen Status, nicht aber die Arbeitsplätze bei der GM-Tochter Opel, die Zulieferer, die selbstständigen Handwerker, all diejenigen, die anders als betrügerische Banken „ehrliche Arbeit“ geleistet hatten und die Verantwortung selbst tragen mussten, wenn sie am Markt scheiterten. Ihnen allen wurde bescheinigt, nicht „systemrelevant“ zu sein, während den Banken trotz Versagen am Markt mit unvorstellbaren Milliardenbeträgen der „ehrlichen Steuerzahler“ „der Arsch gerettet“ wurde. Nach dem sozialdemokratischen Gesellschaftsbild verlor damit auch das Gesellschaftsbild der christdemokratischen Volkspartei, die „soziale Marktwirtschaft“, an normativer und legitimatorischer Kraft.

Zunächst bekam dieser Bruch noch keine eigene politische Form. Die im Gegenzug ausgesprochene Garantie der Sparguthaben wirkte. Das änderte sich bei der anschließenden „Euro“-Rettung und den griechischen Memoranden. Hier dominierte erstmals eine Innen-Außen-Logik: für die „faulen Griechen“, die nicht hart genug gearbeitet hatten, erneut mit „unseren Steuergeldern“ einspringen, um den Euro, den eine starke Minderheit ohnehin lieber nicht eingeführt bekommen hätte, zu „retten“. Auch hier wieder: eine „Rettungsschirm“ für „Minderleister“ – und hatte die griechische Regierung bei der Euro-Einführung nicht sogar geschummelt? Schließlich die Krise der europäischen Flüchtlingspolitik: erneut stehen plötzlich Milliardenbeiträge für „die Anderen“, die „noch keine Beiträge geleistet haben“, zur Verfügung, während es zuvor immer hieß, für „unsere“ Schulen, Polizei, Brücken usw. sei kein Geld da.

Das Erfolgsgeheimnis der AfD bestand in dieser politischen Situation nicht einfach darin, islamophob, rassistisch, fremdenfeindlich, völkisch, nationalistisch zu agitieren. Sondern sie sprach dabei auch die Normen der politisch Heimatlosen aus den beiden Lagern der ehemaligen Volksparteien an: Jeder muss die Verantwortung für sein Handeln tragen, gerade auch bei wirtschaftlichem Versagen („Marktgerechtigkeit“). Anspruch auf Solidarität muss man sich ehrlich erarbeiten und darüber, wer zur Solidargemeinschaft gehört, haben die Beitragszahler (mit-)zu entscheiden. Der AfD gelang es, diese Normen in ihre völkische Kommunikation einzuspeisen, anklingen zu lassen – und neue Grenzen der Respektabilität anzubieten (den Migranten, den „Messermänner“, dem Islam – in allen diesen Bildern schwingen die alten Grenzziehungen der Volksmilieus mit).

Mit den Arbeitsmarktformen nahm die Sozialdemokratie den „arbeitenden Klassen“, den „einfachen Leuten“ das Gefühl, dass der Wohlstand, den sie historisch mitgeschaffen hatte, sicher ist. Sie verbreitete Unsicherheit, nährte das Konkurrenzgefühl und ließ aggressive Stimmung ins Gemeinwesen bzw. die Solidargemeinschaften. Man kann dies nicht allein der Sozialdemokratie anlasten, vorbereitet wurde dies durch die Attacken der bürgerlichen Regierung der 1990er Jahre gegen den Wohlfahrtsstaat. Die Sozialdemokratie hat diese Unsicherheit indes „ratifiziert“ und die Linke es nicht vermocht, den Sündenfall rückgängig zu machen. Der soziale Wandel ist immer auch mit einem kulturellen Wandel verbunden, mit der Aufwertung und Abwertung von Lebensführungsmodellen, Werten und Normen der aufsteigenden und absteigenden sozialen Schichten und Klassen, die sich mal mehr, mal weniger erfolgreich auf die neuen Verhältnisse umstellen.

Ein entscheidender Punkt im Verhältnis von sozialem Wandel und politischer Repräsentation scheint mir für Linke daher zu sein, ein zukunftsorientiertes Leitbild für Gesellschaft, ihre Werten und Normen zu entwerfen, in denen die unterschiedlichen Teile der arbeitenden Klassen einen respektablen Platz einnehmen – ein Platz, dessen Bedeutung und Wertschätzung auf der Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruht und nicht auf der Zugehörigkeit zu Geschlecht, Volk, Rasse. Dafür braucht es ein Verständnis für die sozialen und kulturellen Ungleichzeitigkeiten im sozialen Wandel. Mentalitäten ändern sich weitaus langsamer als Technologien. Solche Umbruchsituationen ermöglichen andererseits, dass unterschiedliche soziale Schichten, die unter den Druck des Wandels geraten, sich in einem nationalistisch und autoritär geformten Gesellschaftsbild zusammenfinden.